



Landesregierung versteckt sich hinter Gutachten

Volksinitiative erfolgreich gestartet

Die erste Auflage der Begleitzeitung zur Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ - 20.000 Exemplare - war im Handumdrehen vergriffen. Jetzt liegt die neue Zeitung vor und es wäre soviel zu berichten gewesen, dass es den Umfang gesprengt hätte. Initiativensprecher Helmut Lierhaus: „Die zahlreichen Anrufe im Organisationsbüro und ein Ordner voller Pressemeldungen aus ganz Nordrhein-Westfalen zeigen uns: Die Volksinitiative ist bei den Menschen angekommen. Es gibt eine breite Diskussion über Wohnungspolitik, und darüber, was Wohnungsprivatisierung und der Abbau des Kündigungsschutzes bedeuten würden.“

Es wird in vielen Städten und auch an Orten gesammelt, an die die Organisatoren nicht gedacht haben. Büroleiter Martin Krämer: „Ich bin erstaunt, dass nicht nur Verbände Unterschriftenlisten anfordern, sondern auch Mieter und Mieterinnen spontan anrufen und mit Unterschriftenlisten zu Nachbarn und in die Geschäfte gehen. Auch interessant: Handwerker nehmen Listen zu ihren Kunden in LEG- und Ruhr-Lippe-Wohnungen mit.“

Damit ist auch schon die am häufigsten gestellte Frage angeschnitten: Dürfen nur LEG-Mieterinnen und Mieter unterschreiben?

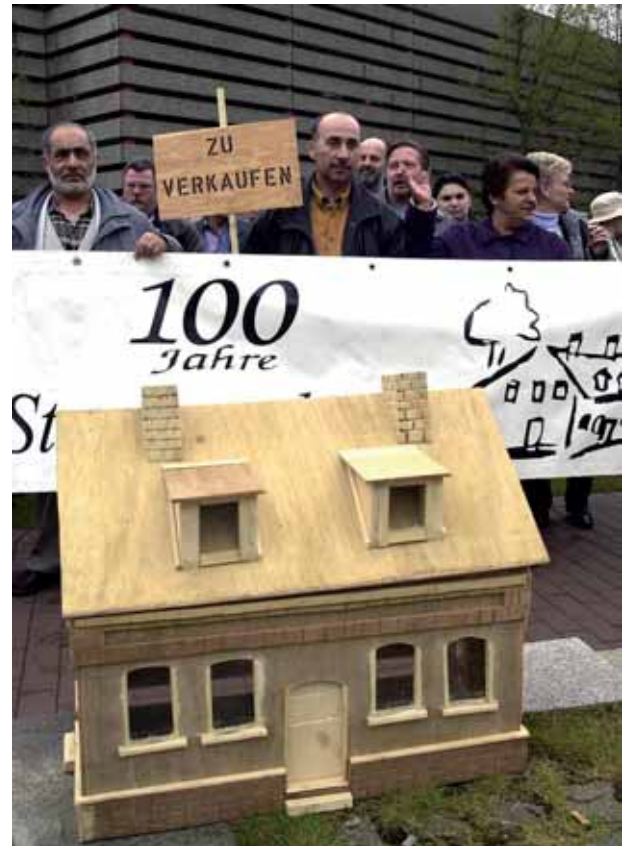
Die Antwort: Von einem Verkauf der LEG wären auch die Tochterunternehmen (Beteiligungen) betroffen, also Ruhr Lippe Wohnungsgesellschaft, Wohnungsgesellschaft Münsterland, Ravensburger Heimstättengesellschaft u.a. Betroffen wären existenziell die 1.000 Beschäftigten im LEG-Verbund und die zahlreichen Handwerksunternehmen, die von Aufträgen der öffentlichen Wohnungsunternehmen leben. Wohnungsverkäufe fallen immer mit Arbeitsplatzabbau und Abbau des Services und der Investitionen zusammen. Auf dem Spiel steht der Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet-

in Eigentumswohnungen (Kündigungssperfristverordnung). Auf dem Spiel stehen die Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus und der Wohnungsschutz (Zweckentfremdungsverordnung). Es gibt also viele Gründe, die Volksinitiative zu unterstützen.

Die zweithäufigste Frage lautet: Wie lange läuft die Unterschriftenaktion? Ginge es nach Bauminister Oliver Wittke, gebe es (natürlich) keine. Denn

er hat in einer ersten Stellungnahme der Volksinitiative vorgeworfen höchst unseriös und politisch motiviert zu sein, weil die Organisatoren noch gar nicht wissen könnten, wogegen sie sind, weil noch nicht klar sei, was veräußert werden soll. Was Wittke verschweigt: Es geht nach dem Willen der CDU/FDP-Koalition nur noch darum, ob die Wohnungen der LEG oder die LEG als Ganzes verkauft werden sollen. Im Frühjahr soll das Gutachten zweier Banken über die beste Verkaufstrategie vorliegen. Dann will auch die Landesregierung entscheiden. Der kommende Herbst ist also der beste Zeitpunkt, die Volksinitiative in den Landtag zu bringen.

Unterschreiben Sie jetzt!



■ Was wollen wir?

Das landeseigene Wohnungsunternehmen LEG darf nicht verkauft werden! Der Kündigungsschutz muss bleiben! Worum es noch geht, lesen Sie auf Seite 3.

■ Was ist eine Volksinitiative?

Eine „Volksinitiative“ ist eine Petition sehr vieler Menschen auf Landesebene. Wenn mindestens 66.000 gültige Unterschriften gesammelt werden, muss sich der Landtag mit unseren Forderungen befassen.

■ Wer steckt dahinter?

Träger der Volksinitiative sind die Mieter- und Belegschaftsvertretungen aus dem ganzen Lande. Außerdem unterstützen alle Oppositionsparteien diese Volksinitiative.

■ Machen Sie mit !

Ab sofort können für die NRW-Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ Unterschriften gesammelt werden. Unterschriftenlisten und weitere praktische Informationen finden Sie im Innenteil.

Stimmen zum Verkauf

Kahlschlag bei Wohnungen und Arbeitsplätzen

„Die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ wird von Mieter- und Belegschaftsvertretungen getragen. Das ist ein einmaliges Bündnis in Deutschland. Damit machen wir deutlich: Der Verkauf der LEG wäre ein Schlag gegen die soziale Wohnungspolitik und gegen sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse. Die neuen internationalen Finanzfonds (Terra Firma/Annington, Fortress, Cerberus u.a.) polarisieren mit ihren extrem hohen und kurzfristigen Gewinnzielen den Wohnungsmarkt zu Lasten der einkommensschwachen

Landesregierung zertrümmert soziale Wohnungspolitik

„Wohnungen sind keine beliebige Handelsware! Wohnungsbestände in öffentlicher Hand sind notwendig, um Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen vorzuhalten und Stadtentwicklungen durch Wohnumfeldverbesserungen beeinflussen zu können. Deswegen haben wir schon im September 2005 im Landtag einen Antrag gegen den LEG-Verkauf gestellt. Und deswegen begrüßen und unterstützen wir die Volksinitiative!

Die FDP/CDU-Landesregierung verfolgt aus ideologischen Gründen das Ziel, die soziale Wohnungspolitik in NRW zu zertrümmern. Dabei ist der Verkauf von über 100.000 Wohnungen der LEG und ihrer Tochterfirmen nur ein Baustein. Der Wegfall der Kündigungssperrfristverordnung, die Streichung der Ausgleichab-



*Helmut Lierhaus,
Mieterforum Ruhr,
Sprecher der Volksinitiative*

Mieterinnen und Mieter. Die Volksinitiative soll zu einer Trotzreaktion in Stadt und Land beitragen. Wohnungsgesellschaften im öffentlichen Eigentum sind für Wohnraumversorgung und bezahlbare Mieten unverzichtbar.“



*Horst Becker,
wohnungspolitischer Sprecher der Grünen
Landtagsfraktion NRW*

gabe (leider mit Stimmen der SPD) sowie zusätzliche finanzielle Belastung der Wohnungsförderungsanstalt (WFA) gehören dazu. Für 2007 droht über die CDU/SPD-Bundesregierung noch die Einführung von REITs. Dann wären Wohnbestände noch leichter an die Börse zu bringen. Durch die erzwungenen hohen Ausschüttungen von 90% bliebe zu wenig für Investitionen in die Bestandserhaltung.“

Wichtiges auf einen Blick

• Unterschriftensammlung

Die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ ist seit Ende Juni beim Innenministerium angemeldet. Ziel ist es, die für eine erfolgreiche Volksinitiative notwendige Unterschriftenzahl von 66000 bis Mitte Oktober erreicht zu haben. Die Listen können von der Homepage heruntergeladen oder im Kampagnenbüro angefordert werden. Wenn Sie selber bei Freund/inn/en oder Nachbarn Unterschriften sammeln, melden Sie sich bitte im Kampagnenbüro. In diesem Fall werden Sie als sogenannte Vertrauensperson registriert. Es werden für diese Aufgabe noch Personen gebraucht.

Die Unterschriftenlisten bestehen aus dem Antrag und den Unterschriftenbögen mit einer Vorder- und einer Rückseite. Beim Sammeln der Unterschriften muss die „Anleitung“ auf der Rückseite der Sammelbögen oder auf der Homepage (www.volksinitiative-leg.de) beachtet werden. Gültig sind nur Unterschriften von Bürgern, die in NRW wahlberechtigt sind. Auf jeder Unterschriftenliste dürfen nur Personen aus der gleichen Stadt stehen. Ausgefüllte Listen schicken Sie bitte an das Kampagnenbüro (siehe unten) oder an eine Vertrauensperson in ihrer Stadt (Liste auf Seite 4 und auf der Homepage).

• Kampagnenbüro

Das Kampagnenbüro befindet sich beim Mieterverein Bochum. Dort sind Helmut Lierhaus und Martin Krämer telefonisch montags bis freitags von 10 - 14 Uhr erreichbar. Außerhalb dieser Zeiten benutzen Sie bitte den Anrufbeantworter.

Adresse:

Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“,
c/o Mieterverein Bochum, Brückstr.58, 44787 Bochum
Tel.: 0234/9611434
Fax: 0234/9611411
Email: info@volksinitiative-leg.de
Internet: <http://www.volksinitiative-leg.de>

• Finanzierung

Zur Finanzierung der Volksinitiative bitten wir um Spenden.

Spendenkonto:

Kontoinhaber:	Mieterforum Ruhr
Kto-Nr.	4410882.
Institut:	Sparkasse Bochum
BLZ	43050001
Verwendungszweck:	Volksinitiative LEG“ .

Impressum.....

Herausgeber: Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“,
c/o Mieterverein Bochum, Brückstr.58, 44787 Bochum
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Helmut Lierhaus, Anschrift s.o.
Auflage: 50.000
Druck: Lensing-Druck, Auf dem Brümmer 9, 44149 Dortmund

Unsere Ziele

Was will das Aktionsbündnis mit der Volksinitiative erreichen?

■ Öffentliche Wohnungspolitik muss sein

Es geht um die öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik insgesamt. Die CDU/FDP-Landesregierung will die LEG NRW nicht hauptsächlich aus Haushaltsgründen, sondern aus ordnungspolitischen Gründen verkaufen. Es sei nicht (mehr) Aufgabe des Staates, Wohnungen zu vermieten. Gleichzeitig schränkt das Land die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen ein. Wohnungsbaumittel werden gekürzt und die Möglichkeit der Belegung von Sozialwohnungen ausgehöhlt.

■ LEG-Arbeitsplätze erhalten

Es geht auch um die zu erwartenden Auswirkungen der erklärten Politik „Privat vor Staat“ auf die Beschäftigungsverhältnisse in den Wohnungsgesellschaften und in den lokalen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. Insbesondere gehört hierzu die Sicherung der tarifrechtlichen und betrieblichen Regelungen sowie der Abschluss betriebsbedingter Kündigungen der Beschäftigten in der LEG.

■ Kein Durchmarsch der Fondsgesellschaften

Der Durchmarsch der internationalen Fondsgesellschaften beim Aufkauf der Wohnungen der öffentlichen Hand und der ehemaligen Werkwohnungen muss gestoppt werden. Über den Kauf der Gagfah- und Eisenbahnerwohnungen haben sie sich auf dem Wohnungsmarkt etabliert. 600.000 Wohnungen haben Fortress, Annington, Cerberus, u.a. dem Staat bisher abgekauft. Fast alle (ehemaligen) Sozial- und Werkwohnungen der Industriekonzerne (ThyssenKrupp, RWE, E.on u.a.) gehören ihnen schon. Und sie wollen auch die restlichen drei Mio. Wohnungen der öffentlichen Hand aufkaufen.

■ Die soziale Stadt fördern

Wir wollen eine Gegenreaktion der Kommunen auslösen. Wir wollen ein Signal für eine öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik setzen. Wir wollen das Leitbild eines sozial verantworteten Wohnungsmarktes, auf dem Land, Städte und Gemeinden ihre Steuerungselemente zugunsten benachteiligter Menschen und der Stadtentwicklung behalten und ausbauen.

■ Die öffentliche Debatte über den LEG-Verkauf führen

Wir wollen mit den Mieterinnen und Mietern, politischen Verantwortlichen in ganz NRW und den Beschäftigten in den Wohnungsunternehmen und den lokalen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen ins Gespräch kommen. Die über 100 Standorte der LEG und besonders der Beteiligungsunternehmen schaffen dafür die Möglichkeit.

■ Verlässliche Rahmenbedingungen für Mieter/innen

Der Wohnungsmarkt braucht langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen. Er darf nicht dem Finanzkapital mit hohen Renditeerwartungen und kurzfristigem Engagement ausgeliefert werden.

■ Die LEG muss in öffentlicher Hand bleiben

Wir wollen die Landesentwicklungsgesellschaft NRW als Ganzes unter öffentlicher Kontrolle erhalten. Das ist kein Leitbild von gestern. Für die Wohnungs- und Siedlungspolitik, den Städtebau sowie die Strukturpolitik benötigen wir gerade in der gegenwärtigen Situation ein landeseigenes Unternehmen. Die LEG hat in den 36 Jahren ihres Bestehens bewiesen, dass sie einen wichtigen Beitrag im öffentlichen Interesse leisten kann.

■ Langfristiger Kündigungsschutz

Wir wollen einen möglichst langen Kündigungsschutz. Niemand darf durch Wohnungsprivatisierung verdrängt werden. Vom staatlich garantierten Mieterschutz hängen bereits vorhandene und noch mögliche freiwillige Vereinbarungen mit Großeigentümern ab. Die Wohnungsmärkte sind in NRW immer noch höchst unterschiedlich, aber selten wirklich entspannt.

Stimmen zum Verkauf

Verkauf würde Arbeitsplätze bedrohen

„Ein Verkauf der LEG würde akut die Arbeitsplätze von rund 1.000 Beschäftigten bedrohen. Mit den Protesten im Vorfeld der LEG-Betriebsversammlung haben die Beschäftigten gegenüber den Eigentümern, der Geschäftsführung und der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, ihre Arbeitsplätze widerspruchsfrei zu räumen.“



Angelika Hecker, Landesfachbereichsleiterin ver.di - Besondere Dienstleistungen in einer Pressemitteilung zum Sternmarsch von 250 LEG-Beschäftigten am 26. Oktober 2005 in Düsseldorf

Verkauf würde meinem Stadtteil schaden

„In meinem Stadtteil läuft eine große Modernisierungsaktion der LEG. Zur Finanzierung hat die Gesellschaft auch hier Wohnungen verkaufen müssen. Aber ein Verkauf der LEG und auch der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft würde dem Stadtteil nur Nachteile bringen.“



Werner Koch, Vorsitzender des LEG-Mieterbeirats Dortmund-Scharnhorst und Sprecher „Aktionsbündnis Zukunft der LEG“

Eine schleichende Enteignung der Bevölkerung

„Die Privatisierung öffentlicher Güter, egal ob Wohnungen, Wasser, Bildung, ist eine schleichende Enteignung der Bevölkerung. Anstatt die Bevölkerung durch Beteiligung in die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur einzubeziehen, wird wieder einmal über die Köpfe der „Eigentümer“ entschieden. Dem Dogma der neoliberalen Politik „privates Eigentum ist besser als öffentliches“ muss ein breites Bündnis gegenübergestellt werden, das diese Politik nicht akzeptiert.“



Kerstin Sack, Attac Hagen, Mitglied im Bundeskoordinierungskreis von Attac für die lokalen Attac Gruppen Bereich West

Vertrauenspersonen

Hier eine Auswahl der - bisherigen - Liste lokalen Vertrauenspersonen bzw. lokalen Bündnissen der Volksinitiative LEG. Weitere finden Sie auf der Kampagnenhomepage unter Kontakt.

Falls Sie die Volksinitiative unterschreiben wollen oder dafür selbst aktiv werden wollen, wenden sie sich möglichst an die schon eingetragenen Ansprechpartner/innen. Gibt es in ihrer Stadt noch keine/n Ansprechpartner/in, melden sie sich im Kampagnenbüro.

Aachen

Hans Knops, Mieterverein Aachen, Oppenhoff Allee 15, 52668 Aachen, Internet: www.mieterverein-aachen.de

Ahlen

SPD Kreisverband Warendorf, Frau MdL Annette Watermann-Krass, Roonstr. 1, 59229 Ahlen, Tel. 02382-91440

Bochum

Kampagnenbüro, c/o MV Bochum, Brückstraße 58, 44787 Bochum, Tel.: 0234/96114-34, E-Mail: info@volksinitiative-leg.de

Bonn

Bernhard von Grünberg, Mieterverein Bonn, Berliner Freiheit 36, 53111 Bonn, Email: gruenberg@mieterverein-bonn.de,

Coesfeld

Herbert Speemanns, ver.di Coesfeld FB 13 (auch Münster, Rheine & Borken), Bahnhofstr.13, 48653 Coesfeld, Tel.: 0251952910, Email: herbert.speemanns@verdi.de

Detmold

Joachim Claas, ver.di Detmold FB 13 (auch Bielefeld, Paderborn, Herford & Minden-Lippe, Gutenbergstr.2, 32756 Detmold, Tel.: 05231/3080930, Email: joachim.claas@verdi.de

Dortmund

Mieterverein Dortmund, Helmut Lierhaus, Kampstr. 4, 44147 Dortmund, Tel. 0231/55765636

Duisburg

Wagner, Angelika, DGB-Region Niederrhein, Stapeltor 17 - 19, 47051 Duisburg, Tel.: 0203/992750, Email: duisburg@dgb.de,

Düsseldorf

Wolfgang Gäding, Kreisverband WASG Düsseldorf, Gerresheimer Str.13, 40211 Düsseldorf, Tel.: Tel.: 0211/5863997, Email: wolli1954@arcor.de

Erkrath

Peter Knitsch, Bündnis'90/ Die Grünen - Erkrath, Wacholderweg 11, 40699 Erkrath, Tel. 02104-804404

Essen

Dieter Seifert, ver.di Bezirk Essen, Schützenbahn 11-13, 45127 Essen, Tel.: 0201/ 24 75 2 10, Fax: 0201/ 24 75 2 30, E-Mail: bezirk.essen@verdi.de

Mietergemeinschaft Essen, Karin Schnittker, Steeler Pfad 19, 45307 Essen, Tel. 0201/7491920

Gevelsberg

Karsten Braun, ver.di Süd-Westfalen FB 13, Großer Markt 7, 58285 Gevelsberg, Tel.: 02332/758616, Email: karsten.braun@verdi.de

Gladbeck

György (Georg) Angel, -Sprecher der IG BCE Plattform, Theodorstr. 37. 45968 Gladbeck, Tel.:02043-39572, Email: gyoergy.angel@dsk.de

Hamm

Henriette Wilhelm, HammSPD, Westhofenstr.1, 59065 Hamm, Tel. 02381 / 92425-0.

Iserlohn

Claudia Tewes, Müllensiefenstr. 14, 58636 Iserlohn, 0231/41902-137

Köln

Frauke Benfer-Bendokat, ver.di Köln FB 13 (auch Aachen, Düren, Ertf), Hans-Böckler-Platz 9, 50672 Köln, Tel.: 0211/48558131, Email: frauke.benfer-bendokat@verdi.de
Margret Vedda, Mieterbeirat, Pohlmanstr.7, 50735 Köln, Tel. 0221/7123703

Kleve

Hermann Brendieck, Bündnis'90 / Die Grünen, Brücktor 2, 47233 Kleve, Tel: 02821-23745, Email: gruene-kv-kle@t-online.de

Kreuztal

Bündnis 90/Die Grünen, Anke Hoppe-Hoffmann, Stephanstr. 3, 57223 Kreuztal, Tel. 02732/1000

Lünen

Frank Thunig, WASG, Schulz-Gahmen-Str. 83, 44532 Lünen, Tel. 02306/740987
SPD Lünen, Jürgen Kleine-Frauns, Stadttorstr. 5, 44532 Lünen, Tel. 02306/1528/29

Münster

Thomas Marczinkowski, Grüne Münster, Oberschlesierstr.7, 48151 Münster, Email: Marczinkowski@gruene-muenster.de

Minden

Doris Steinmann, SPD Minden, Lübbecker Str. 202, 32429 Minden

Monheim

Stefan Emmmler, Bündnis'90 / Die Grünen, Rathausplatz 2, 40789 Monheim
Mieterbeirat LEG, Spandauer Str. 8, 40789 Monheim, Tel. 0172/2135546 (Herr Belger)
SPD Monheim, Dr. Norbert Friedrich, Tempelhofer Str. 21, 40789 Monheim, Tel. 02173/56833

Neuss

Bernhard Pickert-Goldenbogen, Linkspartei Neuss, Friedrich 11, 41460 Neuss

Oberhausen

Herbert Nieswandt, Grüne Oberhausen, Goebenstr.51, 46045 Oberhausen, Tel.: 02086103817,

Ratingen

Elisabeth Müller-Witt, SPD Ratingen, Felderhof 54 , 40880 Ratingen

Remscheid

David Schichel, Grüne - KV Remscheid, Scheider Str.18, 42853 Remscheid, Tel.: 02191/73403, info@gruene-remscheid.de

Siegburg

Günter Töpfer, ver.di NRW - Süd FB 13, Kaiserstr.108, 53721 Siegburg, Tel.: 02241/51027, Email: guenter.toepfer@verdi.de

Siegen

Volker Meyer, Mieterverein Siegerland und Umgebung e.V., Koblenzer Str.5, 57072 Siegen, Tel: 027151997

Unna

WASG Kreisverband Unna, Geschäftsstelle, c/o Frank Thunig, Schulz-Gahmen-Str.83, 44532 Lünen, Tel.: 02306/740987 o. 749282, Email: wasg-mitgliederverwaltung@frank-thunig.de

Witten

MieterInnenverein Witten, Schillerstr. 13, 58452 Witten, Tel.: 02302-51793

Wuppertal

Mieterverein Wuppertal, Paradedstr. 63, 42107 Wuppertal, Tel. 0202/24296-24